

Rede des PRO-Remscheid-Ratsgruppensprechers Andre Hüsgen während der Stadtratssitzung am 11. Dezember 2025 zum Tagesordnungspunkt „Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, die Bezirksvertretungen und Ausschüsse“:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

die Änderung der Geschäftsordnung, gemäß der nur noch „angemessene“ Anträge und Anfragen auf die Tagesordnung gelangen dürfen, ist rechtswidrig, wie sie rechtswidriger nicht sein könnte. Begrifflichkeiten wie „unangemessen“, „diskriminierend“ oder „rassistisch“ sind zweifellos subjektive Wertungen. Dies bedeutet, genannte Begriffe sind nicht selbsterklärend, sondern unterliegen einer wertenden Betrachtung durch die jeweilige Person. Ein Beispiel: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) wurde vor kurzem von linksgrüner Seite „Rassismus“ unterstellt, weil es ihm im brasilianischen Belém nicht gefiel.

In Paragraph 48 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es unmissverständlich: „Der Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihm innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist von einem Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden.“ Diese Bestimmung ist für das Stadtoberhaupt mitnichten optional, sondern rechtlich bindend.

Auch der Oberbürgermeister der beiden vorherigen Amtszeiten war in den Jahren 2014 und 2015 der Ansicht, er könnte ihm nicht angemessen erscheinende Anträge und Anfragen kurzerhand von der Tagesordnung streichen. Hier hat die Verwaltungsgerichtsbarkeit ganz klar einen Riegel vorgeschoben. In einem der einschlägigen Urteile wurde ausdrücklich festgestellt, dass dem Oberbürgermeister kein materielles, also kein inhaltliches Prüfungsrecht bei Anträgen und Anfragen aus der Kommunalpolitik zusteht.

Möglicherweise hilft ein Perspektivenwechsel, um das ganze Ausmaß, die ganze Dramatik, die der Angelegenheit innewohnt, zu verstehen. Stellen Sie sich, liebe Ratsfreunde, doch bitte für einen Moment vor, Sie wären Ratsmitglieder der Opposition in unserer Partnerstadt Pirna. Oberbürgermeister Tim Lochner (parteilos) und die von ihm geleitete Verwaltung würden Ihnen eine Geschäftsordnung vorlegen, die beinhaltet, dass künftig ausschließlich „angemessene“ Anträge und Anfragen auf die Tagesordnungen der Gremiensitzungen gelangen. Ich nehme an, Sie würden in einer solchen Situation nicht nur Zeter und Mordio schreien, sondern darüber hinaus – völlig zu Recht – von einer Abschaffung der Demokratie sprechen. Und genau das ist der springende Punkt: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um demokratische Zustände in der Kommunalpolitik unserer Stadt!

Sollten Sie die jeweils ersten Absätze der Paragraphen 9 und 10 in der von der Verwaltung vorgelegten Form beschließen, so habe ich dennoch eine gute Nachricht für alle Demokraten hier im Stadtrat: Wir von der PRO-Remscheid-Ratsgruppe werden wahrscheinlich im Eilverfahren die Nichtigkeit der beiden fragwürdigen Passagen gerichtlich feststellen lassen. Wir werden dann zum x-ten Mal seit elf Jahren den Rechtsstaat und die Demokratie hier in der Kommunalpolitik richterlich anordnen lassen. Lust habe ich darauf nicht wirklich, denn, meine Damen und Herren, es wäre abermals Steuergeld, das hier verbrannt wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!